



## Naher Osten

# Russland und China versuchen, zwischen allen Seiten zu vermitteln

Interview mit der freien Journalistin und Nahost-Expertin Karin Leukefeld

**Zeitgeschehen im Fokus** *Russland ist seit einigen Jahren in Syrien engagiert und hat auch eine ordnungspolitische Rolle übernommen. Hat der Konflikt in der Ukraine Auswirkungen auf das russische Engagement in der Region bekommen?*

**Karin Leukefeld** Die Lage in Syrien hat sich durch den Ukraine-Krieg nicht wesentlich geändert bzw. verschlechtert. Das hängt damit zusammen, dass die Lage in Syrien schon seit längerem sehr schlecht ist. Bei uns wird der Getreidemangel und die Inflation auf den Ukraine-Krieg zurückgeführt, aber dort leben die Syrer schon seit vielen Jahren damit. Sie haben zu wenig Getreide, sie dürfen keinen Dünger importieren, es gibt keine Ersatzteile und eine unglaubliche Inflation und Teuerung. Das ist Alltag in Syrien. Die Ursachen liegen im Bürgerkrieg und sind eine Folge der Sanktionen. Das ist also nicht erst, seit Russland in die Ukraine einmarschiert ist.

Russland unterstützt nach wie vor Assad. Das bestätigte sich vor kurzem nochmals, denn Assad war zwei Tage in Moskau und führte dort ausführliche Gespräche. Die militärische Unterstützung ist nach wie vor vorhanden. Die russischen Militärbasen haben langfristige Vereinbarungen mit Syrien in Tartus, Latakia und Palmyra. Auch die russische Militärpolizei patrouilliert in den nordöstlichen Gebieten, die von fremden Truppen aus der Türkei und den USA besetzt sind. Die Stabilisierung des Landes mit russischer militärischer Unterstützung wird fortgesetzt. Neben der militärischen erhält Syrien auch politische Unterstützung. Zusätzlich gibt es wirtschaftliche Vereinbarungen, doch hier halten sich beide Staaten sehr bedeckt.

*Wie sieht denn die politische Unterstützung aus?*

Es gibt das Astana-Format, das in der westlichen Presse kaum vorkommt. Was dort aktuell diskutiert wird, ist die Annäherung der Türkei und Syriens. In dem Zusammenhang finden Gespräche in Moskau statt. Kürzlich trafen sich die stellvertretenden Aussenminister Russlands, Irans, der Türkei und Syriens in Moskau, um ein Treffen der Aussenminister vorzubereiten. Auch ist geplant, ein Treffen zwischen Assad und Erdogan zu ermöglichen. Assad reagierte darauf, dass das nur möglich sei, wenn die türkischen Truppen tatsächlich das Land verlassen hätten.

*Es ist doch bemerkenswert, dass sich hier etwas zum Positiven entwickelt...*

Ja, unbedingt, und es ist auch so, schaut man auf die Bevölkerung in der Region, dann haben sie genug vom Krieg und wollen nur noch Ruhe. Ich hatte die Möglichkeit, zwei telefonische Interviews mit zwei Vertretern der syrischen Opposition zu führen. Einer ist im Moment in der Türkei, der andere dient in der von der Türkei finanzierten Armee. Er hält sich im Nordwesten des Landes, in Afrin, auf. Die Telefongespräche wurden vermittelt von Angehörigen eines Versöhnungskomitees in Aleppo. Sie stehen mit diesen beiden Personen im Kontakt, um auszuloten, wie eine Wiederannäherung und eine Rückkehr der geflohenen Menschen erfolgen könnten. Der Gesprächspartner aus Afrin sagte nur: «Wir sind hier alle erschöpft. Wir wollen nur noch zurück in unsere Dörfer und Häuser sowie Garantien, dass wir nicht alle verhaftet werden und ohne Konsequenzen



Karin Leukefeld (Bild thk)

zurückgehen können.» Er sagte am Ende des Gesprächs: «Wir haben unser eigenes Haus zerstört.» Er gehörte zu den bewaffneten Kräften, die gegen die syrische Armee gekämpft hatten. Er sagte, es sei alles zerstört und sie seien daran beteiligt gewesen. Es gebe eine grosse Erschöpfung in der Bevölkerung. Daher denke ich, dass eine Lösung dringend geboten ist.

*Das zeugt doch von einer Selbstreflexion, wenn man erkennt, dass man sich so selbst bzw. die Lebensgrundlagen zerstört. Leider fehlt so eine Einsicht in anderen Konflikten, Leid und Elend werden nicht beendet.*

*Ich würde gerne noch auf das Erdbeben zu sprechen kommen. Inwiefern hat sich die Situation in Syrien dadurch noch mehr verschlechtert? Worin liegen die Ursachen für die hohen Opferzahlen?*

Das Erdbeben hat vor allem Aleppo-Stadt und das Umland getroffen sowie Idlib und die Küstenregion. Die Zerstörungen waren erheblich, weil die Menschen in nicht sicheren Häusern gelebt haben. In Aleppo-Stadt war vor allem der Ostteil betroffen. Es war bekannt, dass die Häuser, in denen die Menschen lebten, nicht sicher waren. Die Bewohner waren immer wieder aufgefordert worden, diese Häuser zu verlassen. Hilfsorganisationen hatten die Menschen in die-

sen unsicheren Häusern versorgt, so dass sie dortgeblieben waren, was auch auf den Krieg zurückzuführen ist. In der Region von Idlib und an der Küste gab es sehr viele illegal gebaute Häuser, die nicht den statischen Anforderungen entsprachen. Teilweise stockte man ein bestehendes Haus noch mit weiteren Etagen auf, die nicht richtig abgesichert waren, um Inlandvertriebene unterbringen zu können. Auch das ist eine Folge des Krieges und der Vertreibungen, dass so viele Menschen ums Leben gekommen sind. In der Türkei waren vor allem die Bauverhältnisse, zum Beispiel instabile Gebäude für die hohen Opferzahlen verantwortlich.

*Man las in unserer Presse über Schwierigkeiten, von aussen Hilfe leisten zu können, besonders in Syrien. Was haben Sie darüber erfahren?*

Hilfe kam vor allem aus den arabischen Nachbarstaaten, Saudi-Arabien, dem Irak, dem Libanon, der als erstes noch am selben Tag Hilfstrupps über die Grenze geschickt hatte. Der Libanon hob die westlichen Sanktionen einseitig auf, damit Hilfe auf dem Flughafen in Beirut ankommen und die Hilfsgüter ohne bürokratisches Prozedere über die Grenze geliefert werden konnten. Es gab aber neben dem Erdbeben noch ein politisches Erdbeben. Die arabischen Staaten einschliesslich der Golfstaaten begannen etwas, was sie schon lange beabsichtigten. Sie gingen auf Damaskus zu und sagten: «Wir müssen helfen.» Dieses Beispringen hat viel mit der islamischen Kultur zu tun. Das ist auch ein Druck der Bevölkerung auf die Regierungen, Syrien jetzt zu helfen. Aber die Situation wurde auch politisch genutzt. Hochrangiges diplomatisches Personal flog aus Ägypten, Jordanien, den Emiraten nach Damaskus. Die Aussenminister führten Gespräche mit dem syrischen Präsidenten. Dabei wurden weitere Dinge vorbereitet. Die Emirate und Saudi-Arabien wollen mehr investieren und beim Wiederaufbau helfen. Auch Assad wurde in die Emirate und nach Oman eingeladen. Politisch hat sich sehr

viel bewegt. Die Uno und das IKRK, die schon seit Jahren in Syrien vor Ort gewesen waren und geholfen hatten, zeigten grossen Einsatz. Aber es war schwierig, in die Gebiete der bewaffneten Gruppen zu kommen, vor allem in Idlib. Dort weigerte man sich, die Hilfe, die aus Aleppo und Damaskus kam, über die innersyrische Grenze zu lassen.

*Das ist sehr interessant, denn unsere Mainstream-Medien berichteten immer, Assad verhindere Hilfslieferungen für die Eingeschlossenen.*

Das war natürlich ein politisches Interesse, es so darzustellen. Wenn massenweise Hilfsgüter auf dem Flughafen von Aleppo oder Damaskus ankommen, werden sie zunächst zwischengelagert und anschliessend auf die verschiedenen betroffenen Gebiete aufgeteilt. Der Syrische Arabische Halbmond wies wiederholt darauf hin, dass sie an den innersyrischen Kontrollpunkten, zum Beispiel bei Idlib nicht durchgelassen werden. Auch ein Vertreter des WFP (Welt-ernährungsprogramm), der heute nicht mehr im Amt ist, stellte auf der Münchner Sicherheitskonferenz klar, die Autoritäten in Idlib – so drückte er sich aus – hatten dazu aufgerufen, die Transporte innerhalb des Landes nicht durchzulassen. Die syrische Regierung stimmte zu, dass zwei weitere Grenzübergänge in die Türkei geöffnet werden dürfen. So wird Idlib auch aus der Türkei versorgt, im wesentlichen auch von Katar, das sehr, sehr viel dort einsetzt, aber auch für die syrischen Flüchtlinge auf der türkischen Seite.

*Sie haben vorhin erwähnt, dass der Libanon die westlichen Sanktionen ausgesetzt habe. Hat er denn die Sanktionen mitgetragen?*

Der Libanon ist angehalten, dass alles, was an Hilfsgütern oder an Produkten für Syrien im Hafen von Beirut oder auf dem Flughafen ankommt, bestimmte Dokumente aufweisen muss. Erhalten sie von der EU und den USA eine Freigabe, können die Waren für Syrien geliefert werden. Dazu hat der libanesische Transportminister gesagt, dieses Prozedere wird einseitig von Libanon ausgesetzt, weil jetzt Hilfe

gebraucht wird. Diejenigen, die etwas bringen, müssen keine grossartigen Gebühren mehr zahlen und Papiere vorlegen, sondern sie dürfen direkt liefern. Das war eine einseitige Massnahme der libanesischen Regierung, die unter Druck des Westens steht, diese Sanktion einzuhalten. Zusätzlich hoben die USA und die EU Teile der Sanktionen gegen Syrien für sechs Monate befristet auf. Das betrifft insbesondere die finanzielle Unterstützung.

*Sie erwähnten den Nordosten Syriens. Wie präsentiert sich dort die Lage? Sind die USA immer noch unter der Verletzung der territorialen Integrität Syriens im Land oder haben sie sich zurückgezogen?*

Es ist eine sehr «gemischte» Lage. Im Nordosten des Landes sind US-amerikanische Truppen stationiert, vornehmlich auf den Ölfeldern. Sie haben Militärbasen bei Al Hasaka und Rakka. Dort befinden sich auch Militärflughäfen. Der Oberbefehlshaber der US-Army landete vor zwei Monaten tatsächlich im Nordosten Syriens auf einer US-Militärbasis. Die syrische Regierung kritisierte das äusserst scharf. Er führte dort Gespräche und liess durchblicken, dass die USA dort bleiben werden, und zwar nicht nur im Nordosten. Es gibt noch eine US-Militärbasis beim Grenzübergang Al-Walid im Dreiländereck Syrien, Jordanien, Irak. Um diese haben die USA eine Pufferzone von 50 Kilometern gezogen. Sie liessen verlauten, sie würden dort bleiben. Es gibt zunehmend Angriffe auf die Stützpunkte von irakischen und syrischen Milizen, die in Syrien und im Irak aktiv sind. Die USA bombardieren diese, was die Gefahr einer Eskalation der Gewalt heraufbeschwört. Es ist offensichtlich, dass diese Milizen, unterstützt von ihren Herkunftsländern, den USA das Leben schwer machen wollen. Seit Jahren fordert Syrien, dass die USA abziehen, China fordert das im Uno-Sicherheitsrat, ebenso Russland. Das ist eine Situation, die von Syrien nicht akzeptiert wird. Russland vermied es jedoch bis jetzt, in eine direkte Konfrontation mit den USA zu kommen, damit es keine offene militärische Auseinandersetzung gibt. Die russische Militär-

polizei patrouilliert auch dort, zum Teil mit türkischem Militär. Russland versucht jetzt, zwischen allen Seiten zu vermitteln: zwischen den Kurden und der türkischen Regierung, zwischen der türkischen Regierung und der syrischen, zwischen den Kurden und der syrischen Regierung. Diesen Beitrag können die Russen nur leisten, wenn sie auch dort präsent sind. Die Russen halten sich sonst sehr zurück. Das habe ich erlebt, als ich selbst in diesem Gebiet war.

*Was Sie jetzt berichtet haben, ist unglaublich. Die USA errichten ohne Zustimmung des syrischen Staates Militärbasen und weigern sich, das Land zu verlassen. Das ist doch eine völlige Ignoranz gegenüber dem Völkerrecht. Die «regelbasierte Ordnung», mantramässig vom Westen bei jeder Gelegenheit beschworen, wird zur Farce, wenn die eigenen Interessen im Vordergrund stehen. Das ist nichts Neues, aber in der Beurteilung des Ukrainekriegs entlarvt es die westliche Haltung.*

Dazu kommt noch, dass unter dem Schutz der USA aus den Ölfeldern – syrische nationale Ressourcen – Öl abgepumpt und in den Nordirak verschoben wird. Konvois von 50 bis zu 80 Tanklastzügen fahren mindestens einmal pro Woche über die von den USA kontrollierte Grenze in den Irak. Das Öl wird dann zum Teil an die Türkei verkauft und teilweise geht es auf die Militärbasen der USA im Irak. Ein Teil wird über den Norden nach Idlib und Afrin geschmuggelt. Die Kriegssituation oder besser gesagt das Chaos trägt natürlich dazu bei, dass so etwas überhaupt möglich ist. Wenn Syrien die Grenzen in Absprache mit dem Irak und der Türkei selbst kontrollieren könnte, könnte das gestoppt werden.

*Wie stellt sich denn für Sie die allgemeine Entwicklung für die syrische Bevölkerung dar?*

Einmal grundsätzlich gesagt, leben die Menschen ihr Leben, natürlich auf einem niedrigen Niveau, unterstützt von Familienangehörigen, die im Ausland leben. Was die Syrer am meisten bedauern, ist der Umstand, dass die meisten Jungen versuchen, das Land zu verlassen.

Es gibt jetzt aber sehr viel Hoffnung auf die neuen regionalen Entwicklungen, insbesondere mit Iran und Saudi-Arabien.

*Die von Ihnen erwähnten regionalen Entwicklungen waren bei unserem letzten Interview noch in einem Anfangsstadium. Wie haben sie sich weiterentwickelt?*

Was ich in unserem letzten Gespräch angedeutet hatte, offenbarte sich inzwischen als Kontinuum. Die Vereinbarung vom 10. März zwischen Iran und Saudi-Arabien, dass man aufeinander zugehen und nicht mehr in Stellvertreterkriegen gegeneinander kämpfen will, bestätigt das. Die Entwicklung hatte sich lange angebahnt.

Das Ganze begann mit der Initiative Russlands zur Neuordnung der Persischen Golfregion, nämlich eine grenzübergreifende Institution zu schaffen, bei der alle Länder miteinander am Tisch sitzen. Diejenigen, die keine Grenze am Persischen Golf haben oder nicht direkt aus der Region kommen, können auch teilnehmen, aber höchstens beratend im Hintergrund. Das wären Russland, die EU, USA oder China. Diese Initiative wurde von der Uno, obwohl die Russen sie 2019 vorgeschlagen hatten, nicht aufgegriffen. Der Westen hatte kein Interesse daran. Aber die Gespräche zwischen dem Iran und den Persischen Golfstaaten vertiefen sich seitdem ständig, auch immer unter der Förderung – also nicht mit Druck – von Vermittlungsangeboten durch Russland und China. Diese Gespräche waren zunächst regional, zum Beispiel, dass der Irak oder Oman zwischen Iran und Saudi-Arabien vermittelten. Sie boten dann die Möglichkeit an, sich dort für etliche Tage zu treffen und miteinander zu sprechen.

*In unseren Medien war darüber nichts zu erfahren.*

Ja, das läuft wirklich alles jenseits der westlichen medialen Berichterstattung. Letztlich hat China diese Initiative ergriffen und die Staaten eingeladen. Vor kurzem waren die beiden Aussenminister in Peking. Das ist äusserst bemerkenswert. Auch Macron und von der Leyen waren in Peking. Es ist offensichtlich, dass sich hier inter-

nationale Diplomatie nach Peking bzw. nach Asien verschiebt. Saudi-Arabien und Iran werden wieder ihre Botschaften einrichten. Iran hat bereits einen Botschafter in die Emirate geschickt. Das wird sich sicher auf die einzelnen Konfliktherde wie Jemen, Libanon und Syrien auswirken. Erwartet wird, dass der saudische Aussenminister nach Damaskus kommt, um Syrien wieder ganz offiziell zum Treffen der Arabischen Liga einzuladen. (Der saudische Aussenminister Prinz Feisal Bin Farhan war am 18. April 2023 in Damaskus, wo er mit dem syrischen Präsidenten Bashar al-Assad zusammentraf.)

Damit wäre eine wichtige Voraussetzung geschaffen, dass Syrien wieder in die Region integriert ist.

*Es ist doch sehr auffallend, wie sich gerade im Nahen Osten unter der Vermittlung Chinas und Russlands neue Perspektiven ergeben, die zu einer Befriedung der Situation führen können. Es erstaunt, mit welcher Arroganz der Westen den Chinesen begegnet, besonders wenn man den westlichen Leistungsausweis im Nahen Osten betrachtet. Wie reagieren die Chinesen darauf?*

Frau von der Leyen hat zuvor Joe Biden in Washington getroffen. Dabei wird sicher die Linie festgelegt worden sein, mit der sie China begegnen soll. Man kann wohl auch davon ausgehen, dass sie eine Art Aufpasserfunktion in Bezug auf Macron einnehmen sollte. Macron hat sich zum Ukraine-Konflikt immer sehr zurückgehalten und mehrmals Gespräche mit Russland eingefordert. Da gibt es auch innerhalb der Europäischen Union unterschiedliche Auffassungen. Frankreich und Deutschland sind da nicht immer einer Meinung und haben unterschiedliche Ansatzpunkte. Interessant ist, wie China vorgegangen ist. Es hat beobachtet, wie sich die USA und Europa ihm nähern, um Russland in der Region zu isolieren, wie sie gegen China Taiwan umwerben. Peking nutzt die Abwesenheit der europäischen Diplomatie im Nahen Osten und tritt in diesen Raum und vermittelt. Peking nutzt auch das klassische Mittel der Diplomatie. Es wird Handel angeboten, es werden Gespräche angeboten. Man bietet an, mit-

einander verfeindete Kräfte ins Gespräch zu bringen. Das ist natürlich auch chinesischen Interessen in der Region des Mittleren Ostens geschuldet. Aber es ist ein völlig anderes Auftreten, als man es von den USA und Europa kennt. Das ist ein «diplomatischer Coup» und wird in der Region sehr wohl positiv wahrgenommen, ausser bei Israel. Auch in Ländern Afrikas und Lateinamerikas beobachtet man das ganz genau. Das bedeutet für den Mittleren Osten die Entstehung einer neuen multipolaren Weltordnung.

*Es ist doch sehr bemerkenswert, dass China hier eine ganz andere Politik betreibt als Europa im Schlepptau der USA, die vor allem mit Gewalt wie im Irak oder Libyen vorgegangen sind, um devote Regierungen einzusetzen, damit man «legal» die Ressourcen ausbeuten kann.*

Ja, unbedingt. Die militärische Eskalation in der Ukraine einerseits, der Wirtschaftskrieg andererseits, wie er vom Westen gegen Russland mit den ganzen Sanktionspaketen geführt wird, beschleunigten die Entwicklung einer neuen Ordnung.

Die «Shanghai Cooperation» hat Zulauf. Iran ist als neuntes Mitglied aufgenommen worden. Saudi-Arabien hat sein Interesse bekundet. Die BRICS-Staaten schliessen sich neu zusammen, um jenseits von Blöcken eine neue Kraft aufzubauen und sich gegenseitig zu stärken. Das hat im vergangenen Jahr Geschwindigkeit aufgenommen, was möglicherweise ohne den Krieg in der Ukraine länger gedauert hätte. Durch diesen Krieg werden vom Westen alle unter Druck gesetzt. Dagegen wollen sie eine eigene Kraft setzen. Das ist eine sehr inter-

essante und wichtige Entwicklung.

*Was Sie darlegen, steht der westlichen Berichterstattung diametral entgegen. Man versucht uns einzutrichtern, dass Russland isoliert sei. Wenn man Ihre Ausführungen hört, kann man doch sagen, dass all die Aussagen, wie «Russland wird in die Knie gezwungen» oder «Russland soll leiden» immer mehr ins Leere laufen.*

An vielen politischen Stellen wird das auch so wahrgenommen. Ich habe den ehemaligen deutschen Botschafter bei der Uno, Heusgen, – jetzt ist er Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz – auf einer Veranstaltung gehört, auf der er sagte, Russland werbe für seine Position mit dem Völkerrecht und das finde Zuspruch bei vielen Ländern. Das hat er als Problem dargestellt mit der Aufforderung, der Westen und die «freie» Welt müsse dazu eine Gegenposition entwickeln. Das sei das Gebot für die «wertebasierte Ordnung». Wichtig ist, dass sich die Menschen in Europa mehr Klarheit verschaffen und verlangen, dass die politischen Kräfte das auch mehr thematisieren. Wenn die Medien das schon nicht ausfüllen, dann müssen das politische Kräfte übernehmen.

*Die deutsche Aussenministerin ist bemüht bei jeder Gelegenheit, die «regelbasierte Ordnung» oder «die Werte des Westens» etc. zu propagieren. Auf dem Hintergrund dessen, was Sie gerade erklärt haben, bekommt das eine andere Bedeutung. Ist der Westen damit nicht auf dem Holzweg?*

Einerseits ist es die Wiederholung, dass es sich um einen Angriffskrieg handelt, Putins Angriffskrieg, was wie ein Mantra

wiederholt wird, damit es sich in den Köpfen der Menschen festsetzt. Eine Auseinandersetzung, wie es eigentlich dazu gekommen ist, wird so verhindert. Wenn man einen Konflikt lösen will, muss man in die Geschichte gehen: Wo hat der Konflikt angefangen? Wie konnte es dazu kommen?, um ihn dann zu lösen. Aber das scheint im Augenblick nicht Ziel zu sein. Deshalb wiederholen die Medien das auch immer und verschweigen dabei die wahren Ursachen sowie die Ziele des Westens. Das Gleiche betrifft diese «regelbasierte Ordnung». Etwa 2019/2020 gab es in den grossen deutschen Zeitungen ganzseitige Anzeigen unterschrieben von westlichen Politikern wie Merkel, Macron, Trudeau und weiteren, dass sie sich dieser Werteordnung verpflichtet fühlen. Den Begriff hatte ich vorher überhaupt noch nie gehört. Warum machen sie so etwas? Das ist vorbereitet worden, um es in die Köpfe der Menschen zu bringen.

Alles hat seine Entwicklung, nichts geschieht über Nacht, vor allem nicht in der Politik geschweige denn in einer geostrategischen Auseinandersetzung. Wir haben die Entwicklung, dass sich auf der geostrategischen Ebene sehr viel verschiebt und einiges im Gange ist. Dann hat man die Situation der Bevölkerung, die mit den Folgen konfrontiert ist und die Zusammenhänge nicht wirklich verstehen kann. Wenn die Medien ausfallen, dann müssen andere gesellschaftliche Kräfte die Aufklärung übernehmen.

*Frau Leukefeld, vielen Dank für das Gespräch.*

*Interview Thomas Kaiser*

#### Abonnieren Sie

### Zeitgeschehen im Fokus

**Online-Ausgabe:** CHF 45.00/Jahr

**Print und Online-Ausgabe:** CHF 75.00/Jahr

**Einzelausgabe:** CHF 4.50

**WIR-Bank-Konto:** 679.098-07.1800

**IBAN:** CH32 0839 1679 0980 7180 0

**Bestellung:** [abo@zgjf.ch](mailto:abo@zgjf.ch)

**Online:** [www.zeitgeschehen-im-fokus.ch](http://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch)

#### Impressum

### Zeitgeschehen im Fokus

Erscheinung: ca. 18mal jährlich

**Herausgeber:** Verein *Zeitgeschehen im Fokus* | Postfach | CH 8305 Dietlikon

**Redaktion:** Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger (hhg), Thomas Kaiser (thk), Reinhard Koradi (rk)

**Produktion und Gestaltung:** Robert Hofmann (roho), Andreas Kaiser (ak)

**Kontakt:** [redaktion@zeitgeschehen-im-fokus.ch](mailto:redaktion@zeitgeschehen-im-fokus.ch)

**Online:** [www.zeitgeschehen-im-fokus.ch](http://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch)

© 2023 für alle Texte und Bilder bei der Redaktion. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle.